

Sitzungsniederschrift

31. Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungsort: Seminarhotel Aurich, Raum Borkum, Grüner Weg 2, 26605 Aurich		
Sitzungsdatum: 22.06.2020	Sitzungsbeginn: 14:00 Uhr	Sitzungsende: 15:53Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Gossel, Arnold	CDU	
Mitglieder		
Akkermann, Hermann	SPD	
Bargmann, Bodo	CDU	
Harms, Antje	SPD	
Ihnen, Hermann	SPD	Vertretung für Wiard Siebels
Jelken, Friedhelm	CDU	
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE	
Kleen, Barbara	SPD	
Looden, Jan-Adolf	AfD	Vertretung für Holger Looden
Meyer, Alfred	SPD	
Meyerholz, Hans-Gerd	BWM	
Roß, Helmut	AKSBG	
Strömer, Wilhelm	FW	Vertretung für Rainer Feldmann
Grundmandat		
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
Verwaltung		
Dettmers, Hanna		Protokollführerin
Hanekamp, Nicole		Stv. Amtsleiterin Zentrale Finanzverwaltung
Heinen, Werner		Rechnungsprüfungsamt
Meinen, Olaf		Landrat

Müller, Michael	Amtsleiter Sozialamt
Puchert, Dr. Frank	Erster Kreisrat
Saathoff, Irene	Amtsleiterin Zentrale Finanzverwaltung
Wiltfang, Olaf	Stv. Amtsleiter Rechnungsprüfungsamt

Nicht anwesend:**Mitglieder**

Feldmann, Rainer	Feldmann/Trei
Looden, Holger	AfD
Siebels, Wiard	SPD

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung der Sitzung
2.	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3.	Feststellung der Tagesordnung
4.	Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 10.03.2020
5.	Einwohnerfragestunde
6.	Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2016 Vorlage: IX/2020/111
7.	Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2016 einschließlich Stellungnahme der Verwaltung Vorlage: IX/2020/112
8.	Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2016 Vorlage: IX/2020/113
9.	Erster Budgetbericht für das Haushaltsjahr 2020
10.	Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
11.	Einwohnerfragestunde
12.	Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung



Vorsitzender Gossel eröffnete um 14.00 Uhr die 31. Sitzung des Finanzausschusses. Er begrüßte die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung und die Vertreter der Presse.

TOP 2 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Gossel stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Abgeordneter Jan-Adolf Looden nahm für den Abgeordneten Holger Looden und Abgeordneter Strömer für den Abgeordneten Feldmann an der Sitzung teil. Abgeordneter Ihnen vertrat den Abgeordneten Siebels.

TOP 3 **Feststellung der Tagesordnung**

Abgeordneter Looden bat, den Tagesordnungspunkt sieben vor den Tagesordnungspunkt sechs zu setzen. **Vorsitzender Gossel** erwiderte, dass die Abstimmung zum Tagesordnungspunkt sechs erst nach den Erläuterungen des Rechnungsprüfungsamtes zum Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses erfolgen werde. Es wurde einstimmig beschlossen, dass die vorliegende Tagesordnung Bestand habe.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
 ➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 4 **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 10.03.2020**

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel sagte, dass ihre Fraktion seinerzeit Anträge zum Haushalt 2020 gestellt habe, die aufgrund der „besonderen Beschlussfassung“ wegen der Corona-Pandemie nicht mehr behandelt wurden. Sie bat darum, die Anträge in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses auf die Tagesordnung zu setzen, wobei sie diese zuvor noch aktualisieren werde. **Vorsitzender Gossel** antwortete, dass über die Anträge, die zurück gestellt wurden, noch beraten werden müsse.

Die Niederschrift über die 30. Sitzung des Finanzausschusses vom 10.03.2020 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
 ➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 **Einwohnerfragestunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 6 **Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2016**
Vorlage: IX/2020/111

Vorsitzender Gossel stellte einleitend fest, dass die Erstellung der Jahresabschlüsse voran gehe, die Abschlüsse für 2017 und 2018 seien schon in Angriff genommen worden, so dass diese eventuell noch in diesem Jahr beschlossen werden können.

Frau Hanekamp erklärte, dass die Mitglieder des Finanzausschusses mit der Einladung zur Sitzung den Jahresabschluss 2016 erhalten hätten. Anhand einer Powerpoint-Präsentation (Anlage 1) erläuterte sie die Eckdaten des Jahresabschlusses 2016. Zum Punkt „Aufwendungen für aktives Personal und Versorgung“, dargestellt auf Seite 15 des Rechenschaftsberichtes, berichtete **Frau Hanekamp**, dass es bei den Aufwendungen für das Personal Einsparungen gegeben habe. **Abgeordneter Meyerholz** warf ein, dass das Personalkostenbudget laut Rechenschaftsbericht um 2,4 Mio € unterschritten wurde. 1,7 Mio € seien von der Versorgungsanstalt (VBL) an Sanierungsgelder zurückgezahlt worden, was Frau Hanekamp bestätigte.

Frau Hanekamp fasste zusammen, dass das strukturelle Ergebnis einen Überschuss von rund 4,9 Mio € darstelle und die Schlussbilanz eine Bilanzsumme von 374.517.133,31 € aufweise, somit rund 9 Mio € mehr als die Schlussbilanz von 2015.

Frau Hanekamp wies auf die Anlage 3 des Rechenschaftsberichts hin, in der die im Haushaltsjahr 2016 abgeschlossenen Investitionen aufgeführt werden. Diese Anlage werde auch bei den zukünftigen Abschlüssen jeweils neu erstellt werden.

Abgeordneter Meyerholz währte in der Anlage vier, Ziffer sechs (Über- und außerplanmäßige Ausgaben) des Rechenschaftsberichtes einen Fehler, da der Geschäftsanteil der Trägergesellschaft Zentralklinik in Zusammenhang mit den Asylunterkünften dargestellt werde.

Frau Saathoff sagte, dass die Darstellung richtig sei. Der Ansatz für die Asylunterkünfte sei zur Deckung der überplanmäßigen Ausgabe herangezogen worden.

Abschließend informierte **Frau Hanekamp**, dass die Zahlen für den Jahresabschluss 2017 erarbeitet seien, der Rechenschaftsbericht erstellt werden müsse und die Prüfung des Abschlusses in den nächsten Monaten vorgesehen sei. Parallel dazu solle das Jahr 2018 abgeschlossen werden; es sei geplant, diesen Abschluss bis Ende des Jahres dem Rechnungsprüfungsamt vorzulegen.

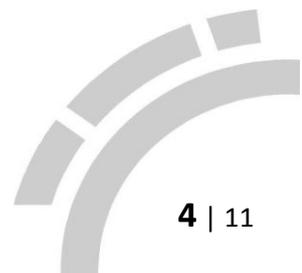
Vorsitzender Gossel bedankte sich bei Frau Hanekamp für ihre Ausführungen.

Abgeordneter Meyerholz wies auf Seite 61 des Rechenschaftsberichtes (Produkt 511-01: Kreisentwicklung) hin. Demnach wurde 2016 die Fortschreibung des Demographiekatasters zurückgestellt und es stelle sich die Frage, ob diese danach wieder aufgenommen wurde.

Da die Frage nicht ad hoc beantwortet werden konnte, wurde Herrn Meyerholz zugesichert, im Protokoll eine Antwort zu geben.

Anmerkung zum Protokoll:

Ausführungen des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung:



Die Arbeit am Demographiekataster ist eingestellt worden, da, wie bereits im Rechenschaftsbericht 2016 angedeutet, das Interesse der Städte und Gemeinden stark nachgelassen hatte.

Zur Erstellung des Demographiekatasters hatte die Regionalplanung in den vorangegangenen Jahren regelmäßig zu Jahresbeginn die benötigten Informationen aus den Einwohnermeldesystemen bei den Gemeinden erbeten. In der Verschneidung mit den Katasterdaten im GIS konnte damit eine verhältnismäßig präzise Auskunft über den Altersdurchschnitt in Straßenzügen bzw. Wohnquartieren ermittelt werden. Insbesondere in den Jahren, in denen der demographische Wandel wesentlicher Teil strategischer Planung in Bezug auf Wohngebietsentwicklung, Daseinsvorsorge etc. war, spielten diese Informationen eine große Rolle. Dennoch war diese Arbeit mit einigem Aufwand sowohl bei den Städten und Gemeinden als bei der Kreisverwaltung verbunden.

Inbesondere unter dem Eindruck der damaligen Flüchtlingsproblematik und der sich ankündigenden Datenschutzgrundverordnung ergaben sich erneut Fragen nach einer möglichen Entwicklung des Demographiekatasters. Da die Bewältigung des demographischen Wandels, wie bereits erwähnt, eine zunehmend untergeordnete Rolle spielte und der Aufwand zur Fortführung der bisherigen Arbeit deutlich gestiegen war, wurden die Arbeiten am Kataster eingestellt - auch weil über das LGLN mit dem Baulückenkataster ein vergleichbares, wenn auch weniger präzises Instrument zur Verfügung gestellt werden konnte.

Die Beschlussfassung erfolgte nach Vorstellung des Prüfungsberichtes (s. TOP 7).

TOP 7 **Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2016 einschließlich Stellungnahme der Verwaltung**
Vorlage: IX/2020/112

Herr Heinen vom Rechnungsprüfungsamt bezeichnete das Ergebnis des Jahresabschlusses 2016 als positiv, da es einen Überschuss in Höhe von 4,9 Mio € gebe. Der Prüfungsbericht zum Jahresabschluss 2016 beinhalte nur wenige und geringfügige Bemerkungen. Die Zusammenarbeit mit der Verwaltung habe sich positiv gestaltet. Im letzten Jahr habe Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel angeregt, die Prüfungsbemerkungen aus Vorjahren aufzulisten, solange diese nicht ausgeräumt seien. Diese Anregung habe die Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes gefunden und werde dementsprechend gehandhabt. Der Rechenschaftsbericht werde zukünftig kürzer als bisher, da die Mitarbeiter des Rechnungsprüfungsamtes die Sachverhalte, die stimmig sind und bereits ausführlich im Rechenschaftsbericht dargestellt seien, im Prüfungsbericht nicht wiederholen würden. Zu den Textziffern gab **Herr Heinen** folgende Anmerkungen:

- Textziffer 1 (S. 3): Nicht fristgerechte Vorlage des Jahresabschlusses 2016: es sei jedoch festzustellen, dass die Verwaltung bei der Erstellung der Abschlüsse aufhole.

- Textziffer 2 (S. 14): Nicht fristgerechte Vorlage des Haushaltes 2016: es sollte so früh wie möglich begonnen werden, den Haushalt aufzustellen. Im Prüfungsbericht folge ein allgemeiner Teil bis Seite 18, im Anschluss werde die Prüfung einzelner Produkte dargestellt.



Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel lenkte die Aufmerksamkeit auf die nicht besetzten Planstellen und die dementsprechende Quote, worauf **Herr Wiltfang** meinte, dass diese nicht beanstandet wurde. Es sei schwierig, zeitnah adäquates Personal zu bekommen, was eine Belastung für andere Kollegen nach sich ziehe. Allerdings könne die Beurteilung, wann es zu einer kritischen Situation komme, nicht am Prozentsatz festgemacht werden.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel fragte, ob der Landkreis Aurich im Vergleich der Statistiken mit anderen Kommunen eher gut oder schlecht da stehe.

Herr Wiltfang antwortete, dass ein Vergleich schwierig sei, da z.B. auch Überstunden und Krankenstände berücksichtigt werden müssten. Insgesamt gesehen, gehen die Personalaufwendungen im Verhältnis zu den Gesamtaufwendungen seit Jahren zurück.

Herr Wiltfang informierte, dass der Prüfungsschwerpunkt für das Jahr 2016 bei den Produkten des Sozialamtes läge, dargestellt im Prüfungsbericht ab Seite 19. Die Mittel des Sozialamtes würden einen großen Teil des Haushaltes des Landkreises ausmachen, einzelne Produkte seien stichprobenartig geprüft worden. So habe es beim Produkt „Hilfen für Heimkehrer und politische Häftlinge“ leichte Verschiebungen bei Kostenerstattungen gegeben, was darauf zurückzuführen sei, dass der Bund kameral und der Landkreis doppisch buche. Zu den Textziffern erläuterte **Herr Wiltfang** folgendes:

- Textziffer 3 (S. 27): Unberechtigte Zahlungen im Sozialamt verhindern: Beim Produkt 315-01 (Soziale Einrichtungen) wurden einer Pflegeeinrichtung Förderungsbeiträge, bedingt durch einen Zahlendreher, über einen zu langen Zeitraum ausgezahlt. Dies wurde 2018 bemerkt, das Geld zurück gefordert, ein Rechtsstreit laufe noch.

Abgeordneter Strömer nahm ab 14.37 Uhr an der Sitzung teil.

Einer anderen Pflegeeinrichtung wurde ebenfalls zu lange eine Förderung zuteil, hier habe das Sozialamt sofort reagiert und eine Rückforderung gestellt, diese werde jetzt durch eine Aufrechnung mit zukünftigen Leistungen beglichen. Um diese Fehlerquelle bezüglich Zahlungen - Enddatum der Leistungen von der technischen Seite auszumerzen, wurde im Programm „Lissa“ eine Warnmeldung integriert.

- Textziffer 4 (S. 27): Periodengerechte Buchungen: Durch nicht periodengerechte Buchungen entstünden Differenzen, womit ein Vergleich der Produktergebnisse verhindert werde, zukünftig ist auf eine periodengerechte Verbuchung der Erträge und der Aufwendungen zu achten. Ein weiterer Schwerpunkt der Prüfung betraf den Bereich „Migration und Integration“, wo es nichts zu beanstanden gegeben habe. **Herr Wiltfang** wies auf die Seite 41 hin, wo die Bürgschaften des Landkreises dargestellt seien und stellte kurz die Kennzahlen vor (ab S. 42).

Abschließend ging **Herr Wiltfang** auf vorhandene Prüfungerschwernisse ein, die Prüfungen würden immer arbeits- und zeitintensiver werden. So gebe es inzwischen z. B. über 100 Fachverfahren, in die sich die Mitarbeiter des Rechnungsprüfungsamtes mit zeitlichem Aufwand einarbeiten müssten. Zahlläufe in der Finanzsoftware würden teilweise als Gesamtsummen eingebucht, was die Prüfung erschwere. Eine Konsequenz sei, dass die Fachaufsicht in den jeweiligen Ämtern mehr gefordert sei und dieser eine größere Bedeutung zukommen müsse, da das Rechnungsprüfungsamt zeitlich an ihre Grenzen stoße. Insgesamt gesehen, unter der Voraussetzung, dass die Textziffern bei der zukünftigen Arbeit berücksichtigt werden, bestünden keine Bedenken,

dem Landrat die Entlastung für das Haushaltsjahr 2016 gem. § 129 Abs.1 NkomVG auszusprechen.

Abgeordneter Meyerholz sagte, dass die Bürgschaften des Landkreises Aurich mit über 40 Millionen Euro nicht unerheblich seien und fragte, wenn die Prüfung der Vereinbarkeit mit den EU-Richtlinien nicht durch das Rechnungsprüfungsamt geschehe, wie diese Problematik sichergestellt werden könne.

Herr Wiltfang entgegnete, dass das EU-Beihilferecht keine finanziellen Auswirkungen auf den Haushalt habe. Das EU-Beihilferecht sei sehr umfangreich, jede Bürgschaft müsse zuvor von der Finanzverwaltung geprüft werden, ob sich Wettbewerbsvorteile ergeben.

Frau Saathoff ergänzte, dass diese Prüfung, je nach Sachlage, von der Verwaltung vorgenommen werde, man sich aber bei sehr komplexen Sachverhalten eines Fachanwalts bediene (z.B. Abfallwirtschaft MKW GmbH) und sich auf dessen Einschätzung verlassen müsse.

Abgeordneter Meyer erkundigte sich, ob es in den benachbarten Landkreisen die Problematik der Überprüfung in den Fachverfahren auch gebe und hier ein Austausch stattfinden könne.

Herr Wiltfang meinte, die Probleme seien vergleichbar, eine Zusammenarbeit schwierig, da einzelne Sachverhalte geprüft werden. Ein Austausch finde jedoch statt. Die Software-Hersteller seien hier gefordert, in den EDV-Programmen Mechanismen einzubauen, um etwaige Fehler zu verhindern.

Auf die Frage vom **Abgeordneten Looden** hinsichtlich der Fachverfahren, zählte **Herr Wiltfang** diverse Fachverfahren auf und unterstrich noch einmal, dass das Problem die Zeit sei, die benötigt werde, um sich in diese vielfältigen Verfahren einzuarbeiten.

Abgeordneter Strömer erkundigte sich, wer die Fachaufsicht in den Ämtern inne habe.

Herr Wiltfang erklärte, dies sei in der Regel der Vorgesetzte. Letztendlich der/die Amtsleiter/in, der/ die jedoch delegieren könne.

Abgeordneter Jelken stellte die Frage, ob die Bemerkungen von der Verwaltung zur Kenntnis genommen werden oder ob es Rückantworten gebe.

Herr Wiltfang antwortete, dass diese in der Regel zur Kenntnis genommen werde, es aber auch in einigen Fällen zuvor Rücksprachen gebe.

Abgeordnete Jeromonin-Oldewurtel betonte, dass das Rechnungsprüfungsamt für den Kreistag arbeite und bedankte sich bei Herrn Heinen und bei Herrn Wiltfang.

Abgeordneter Meyerholz fragte, ob die Vielzahl der Dienstfahrzeuge hinsichtlich Laufleistung, Wirtschaftlichkeit, etc. überprüft werde, worauf **Herr Wiltfang** entgegnete, dass der Fuhrpark vor ca. 4 oder 5 Jahren überprüft worden sei und es keine Beanstandungen gegeben habe.

Die Frage vom **Abgeordneten Strömer**, ob der Prüfungsbericht und weitere Unterlagen dem Innenministerium vorgelegt werden, verneinte **Frau Saathoff** (Vorlagepflicht



nur Beschlüsse zur Jahresrechnung) und **Frau Hanekamp** ergänzte, dass der Jahresabschluss mit Prüfungsbericht und Stellungnahme öffentlich ausgelegt werden.

Frau Hanekamp stellte richtig, (s. Stellungnahme der Verwaltung, Textziffer 3 und 4), dass die Einführung der Fachanwendung Lämmerzahl LISSA nicht am 01.01.20, sondern am 01.01.19 war, die Stellungnahme werde entsprechend abgepasst.

Vorsitzender Gossel stellte fest, dass der Prüfungsbericht von den Abgeordneten zur Kenntnis genommen wurde.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➔ **einstimmig beschlossen**

Nun wurde über die Vorlage zum Jahresabschluss (IX/2020/111 TOP 6) abgestimmt.

1. **Der mit Datum vom 23. Oktober 2019 durch den Landrat festgestellte Jahresabschluss des Landkreises Aurich für das Haushaltsjahr 2016 wird beschlossen.**
2. **Die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen in der Ergebnisrechnung in Höhe von insgesamt 7.287.043,09 € sowie die über- und außerplanmäßigen Auszahlungen in der Finanzrechnung (Auszahlungen für Investitionstätigkeit) in Höhe von insgesamt 6.498.000,00 € werden zur Kenntnis genommen und genehmigt.**
3. **Der im Jahresabschluss 2016 in der Ergebnisrechnung festgestellte Überschuss in Höhe von 4.868.995,99 € wird mit dem kameralen Sollfehlbetrag verrechnet.**

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 8 Entlastung des Landrates für das Haushaltsjahr 2016
Vorlage: IX/2020/113

Dem Landrat wird für die Haushaltsführung im Haushaltsjahr 2016 die Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1

➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 9 Erster Budgetbericht für das Haushaltsjahr 2020

Frau Saathoff stellte den zuvor verteilten Budgetbericht vor (Anlage 2). Sie sagte, da der erste Budgetbericht das 1. Quartal des Jahres beinhalte und der 31.03.20 schon lange her sei, habe sie die Ämter aufgefordert, die jeweiligen Berichte zu aktualisieren. Sie habe versucht, einen aktuellen Bericht zu erstellen, trotz der Widrigkeiten wie z.B. der Schichtbetrieb. Durch die Corona-Pandemie wurde der Schichtbetrieb eingeführt, eine Woche arbeite der Mitarbeiter im Homeoffice, in der nächsten Woche im Kreishaus, dabei arbeiten die zwei Schichten entgegengesetzt. Aufgrund der Corona-Pandemie konnten die letzte geplante Finanzausschusssitzung und die Kreistagssitzung zum Haushalt 2020 nicht stattfinden. Der Haushalt wurde nicht geändert, jedoch 3 Millionen Euro für das Produkt „Infektionsschutz“ eingeplant und am 06.05.20 vom Kreistag beschlossen. Die Folgen der Pandemie werden den Haushalt des Landkreises Aurich wohl erst im Jahr 2021 treffen. Die Steuereinnahmen sinken, werden aber nicht durch den Finanzausgleich beseitigt, da der Topf insgesamt weniger Mittel beinhalten werde, ebenso werde die Kreisumlage, basierend auf die Vorjahreserträge der Gemeinden, sinken. **Frau Saathoff** stellte die bisherigen Auswirkungen der Pandemie auf die Einrichtungen und Eigenbetriebe dar und sagte, dass sie hoffe, dass der Landkreis Aurich bei den meisten Einrichtungen „mit einem blauen Auge davon kommen werde“, wobei die Entwicklung abzuwarten sei und das Jahresergebnis bei allen Betrieben schlechter als erwartet ausfallen werde.

Abgeordneter Strömer fragte, warum die Ausgleichszahlung vom Bund für freigehaltene Betten in Kliniken beim Standort Aurich ab Juli 560,-- € pro Bett betragen werden und beim Standort Norden 460,-- €.

Frau Saathoff versprach, sich darüber zu erkundigen.

Anmerkung der Verwaltung

Die Grundlage der Bemessung ist der durchschnittliche Schweregrad der Behandlungen im Vorjahr.

Abgeordneter Meyerholz sprach die finanzielle Situation der Pflegeheime bezüglich erheblicher Verluste an und stellte die Frage, ob die Übernahme der Paddel- und Pedalstation in Hage durch die Pflegeheime mit der Verwaltung abgestimmt worden sei.

Erster Kreisrat Dr. Puchert antwortete, dass am 30. Juni 2020 eine Sitzung des Krankenhausausschusses stattfinden werde, in der zu dem Thema informiert werde.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel verließ um 15.26 Uhr den Sitzungsraum.

Abgeordneter Bargmann wollte wissen, wieviel von den eingeplanten Mitteln in Höhe von 3 Mio Euro für den Infektionsschutz bereits ausgegeben worden seien, was **Frau Hanekamp** mit 1,4 Mio Euro beantwortete.

Für das Haushaltsjahr 2020 ergebe sich, so **Frau Saathoff**, ein voraussichtlicher Überschuss in Höhe von rund 2,6 Mio Euro (s. Seite 17 des Budgetberichts). Die Verbesserung beruhe hauptsächlich auf Einsparungen bei den Personalkosten. Viele Stellenausschreibungen seien wegen der Corona-Pandemie geschoben worden, dies habe zwar Einsparungen zur Folge, aber für die Bewältigung der Arbeit sei dies nicht optimal. Der Bund habe Maßnahmen geplant, um die Auswirkungen der Pandemie zu dämpfen, so werde bekanntlich zum 01.07.2020 die Mehrwertsteuer zeitlich befristet gesenkt. Für Kommunen gebe es das Paket „Länder und Kommunen stärken“, der Bund werde zum Beispiel u.a. voraussichtlich ab 01.10.2020 dauerhaft weitere 25 % der KdU überneh-



men. Sportstätten z. B. werden gefördert, hier müsse geprüft werden, ob bisher abgelehnte Anträge neu gestellt werden können. Grundsätzlich müsse kontrolliert werden, welche Maßnahmen für den Landkreis Aurich greifen könnten.

Abgeordnete Harms fragte im Hinblick auf die eingeplanten 150.000 € an, ob die Laptops, die im Homeoffice genutzt werden, von den Schulen übernommen werden.

Frau Saathoff entgegnete, dass die neuen Laptops für die Schulen seien, da die Laptops für das Homeoffice seinerzeit aus den Schulen entnommen wurden.

Landrat Meinen informierte, dass bis Ende Juni Schichtbetrieb angeordnet sei und die Entscheidung, ob dieser darüberhinaus verlängert werde, heute oder morgen fallen werde.

Abgeordnete Harms erkundigte sich über die etwaige Vermietung von Räumen der IGS an die BAV (Bundesanstalt für Verwaltungsdienstleistungen).

Erster Kreisrat Dr. Puchert informierte, dass noch keine Verträge unterschrieben seien, der Bund müsse grundsätzlich klären, welche Raumkapazitäten benötigt werden. Vom Landkreis Aurich sei geplant, die Räume zum Jahreswechsel bezugsfertig zu machen. Es sei dem Landkreis wichtig, zur Lösung zu kommen, der Standort Aurich würde gestärkt werden.

Zum Thema Homeoffice merkte **Erster Kreisrat Dr. Puchert** an, dass das Homeoffice „eine der wenigen positiven Erfahrungen der Krise“ sei. Die Heimarbeit funktioniere und müsse in Zukunft in Hinblick auf Ressourcen eine größere Rolle spielen als bisher, auch im Hinblick, um als Arbeitgeber interessant zu sein. Was jedoch nicht verloren gehen dürfe, sei die Verbindung zum Amt und der Teamgeist.

Landrat Meinen stimmte zu, dass in Zukunft neue Arbeitsmodelle entwickelt werden können und betonte, wie gut das Homeoffice funktioniere. Allerdings sei diese Arbeitsweise auch nicht für jeden Mitarbeiter geeignet. Eine weitere Variante, die sich durch die Krise herauskristallisiert habe, sei die Arbeit mit Terminvergabe, wodurch Wartezeiten reduziert werden können.

TOP 10 **Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 11 **Einwohnerfragestunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 12 **Schließung der Sitzung**

Landrat Meinen wies auf die nächste Sitzung des Finanzausschusses am 07.09.2020 um 15.00 Uhr hin.



Vorsitzender Gossel schloss die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmenden um 15.53 Uhr.

gez. Gossel
Vorsitzender

gez. Dettmers
Protokollführerin

